

„Rettet den Regenwald e.V.“
Friedhofsweg 28

22337 Hamburg

Stellungnahme zur Anhörung Bioenergie/Ressourcenkonkurrenz“ am 12.11. 2007

1. Thema Zielkonflikte:

1. Ja, es gibt Zielkonflikte, da Energieerzeugung aus Biomasse Ackerland verbraucht, das auch zur Produktion von Lebensmitteln benötigt wird, weshalb die Preise für Nahrungsmittel steigen können. Oder es werden neue Flächen erschlossen, die zuvor von natürlichen Ökosystemen bewachsen wurden (Grasländer, Regenwald). Bei der Landnahme werden gerade in Südamerika häufig Menschenrechte verletzt oder Menschen, die dagegen sind, ermordet. Wachsende Verwendung einheimischer Energiepflanzen (Raps, Zuckerrüben, Mais) verstärken den Druck auf tropische Ökosysteme indirekt, da ihre Erzeugnisse etwa für die Tierzucht ausfallen, sodass Ersatz importiert werden muss (Soja-Kraftfutter). Die negativen Folgen für Klima, Natur und Nahrungsmittelversorgung sind also unabhängig von den Energiepflanzen, die gezielt zu diesem Zweck angepflanzt werden, und von ihrem späteren Einsatz.
2. Der wachsende Bedarf an Flächen für Biokraftstoffe führt zu einer massiven Ausweitung der landwirtschaftlichen Nutzflächen (v.a. In den Tropen wie in Brasilien, Indonesien, Ecuador, Argentinien, Paraguay, Äthiopien, Uganda etc.): Der Verlust an Artenvielfalt ist dabei immens. Die Nutzung von Mais und anderem Getreide als Ethanol für Kraftstoffe sorgt für steigende Lebensmittelpreise, was wiederum für viele arme Menschen zum Problem wird. Aus diesem Grund gab es z.B. in Mexiko schon Demonstrationen, die sich gegen steigende Tortillapreise richteten. Die entstehenden Monokulturen können nur unter Einsatz großer Mengen an Düngemitteln und Pestiziden betrieben werden, die angrenzende Flusssysteme verseuchen und überdüngen, was die Trinkwasserversorgung gefährdet. Und auch aus Klimaschutzgründen ist in den meisten Fällen die Bilanz negativ: Durch Brandrodung im Regenwald gelangen sehr große Mengen des in den Pflanzen gespeicherten Kohlenstoffs in die Atmosphäre, durch die Drainage von Feuchtgebieten und Mooren wie in Indonesien vor der Anlage von Palmölplantagen beginnt der Zersetzungsprozess des toten Pflanzenmaterials, was ebenfalls große Mengen Kohlendioxid in die Atmosphäre entlässt. Beide Prozesse machen Brasilien und Indonesien zu den größten Produzenten an klimaschädlichem Kohlendioxid weltweit. Werden Regenwälder mit Feuer und Axt gerodet oder Grasländer umgepflügt, setzt dies drei- bis zehnmal so viel CO₂ frei, wie später durch den Biodiesel eingespart werden könnte. Allein wegen der Zerstörung der südostasiatischen Torfwälder – überwiegend für Palmöl-Plantagen – schätzen Experten, dass 42 bis 50 Millionen Tonnen Kohlenstoff freigesetzt werden. Eine Tonne Biodiesel aus indonesischen Palmölplantagen verursacht durch die Zerstörung der Torfwälder, die vorher dort standen, rund 20 Tonnen Kohlendioxid – also genau das Gegenteil des Erwünschten. Allein das Mawa-Gebiet auf Borneo speichert jährlich rund eine Million Tonnen CO₂. Die gesamte Provinz Zentral-Kalimantan entzieht der Atmosphäre pro Jahr 24 Millionen Tonnen CO₂, solange die rund 12 Millionen Hektar Torfsumpf intakt bleiben. Würden die 12 Millionen Hektar für Palmöl-Plantagen vernichtet, werden nach und nach rund 84 Milliarden Tonnen Treibhausgase in die Atmosphäre entweichen, wie Dieter Teufel, Chef des Heidelberger Umwelt-Prognoseinstituts berechnet: fast das Hundertfache des jährlichen deutschen CO₂-Ausstoßes. Ähnliches gilt für in Europa oder den USA erzeugte Energiepflanzen, durch

deren Düngung Lachgas in die Luft gelangt, das 300-mal so stark wie Kohlendioxid als Treibhausgas wirkt. Wollte deshalb beispielsweise Deutschland nur vier Prozent der Treibhausgas-Emissionen herkömmlicher Diesel tatsächlich einsparen, müsste die Hälfte des nationalen Ackerlandes mit Raps bepflanzt werden, wie das Umweltbundesamt errechnet hat. Eine Studie der Universität von Minnesota kommt zum Ergebnis, nach dem die gesamte Getreide- und Sojajahresernte der Vereinigten Staaten gerade einmal fünf Prozent des US-amerikanischen Benzinverbrauchs ersetzen könnte. Riesige Maisäcker oder Rapsfelder bedrohen dazu die einheimische Artenvielfalt – noch dazu, weil vermehrt Brachen wieder umgebrochen und genutzt werden, um Energiepflanzen anzubauen.

3. Der gezielte Anbau von Energiepflanzen führt zu:

- einem Verlust der Artenvielfalt
- Zerstörung wertvoller Ökosysteme (Regenwälder, Moore, artenreiche Graslandschaften)
- hohem Pestizid- und Düngemittleinsatz und dadurch Gefährdung von aquatischen Lebensräumen.

Vermeidbar ist dies allenfalls, wenn nur Pflanzenreste zur Energieerzeugung verwendet werden dürfen, die bei der normalen land- oder forstwirtschaftlichen Tätigkeit ohnehin anfallen (Maisstreu, Sägemehlrest, Rindenmulch u.ä.)

4. Allenfalls einen untergeordneten und meist sogar einen negativen, da durch Brandrodung und Landumwandlung meist mehr CO₂ freigesetzt wird, als durch „Bio“energie eingespart wird (s.o.). Dazu kommen Emissionen aus der Düngung und der Umwandlung des Anbauprodukts in Biokraftstoffe.
5. Fortgesetzte Rodungstätigkeit in den Tropen der gesamten Welt: Vor allem in Brasilien, Paraguay, Argentinien, Indonesien, Malaysia, zunehmend aber auch in Äthiopien, Uganda, Ecuador, Birma, Kolumbien etc. Die wachsende Nachfrage in Europa/USA heizt die Landumwandlung an und lockt entsprechende Investoren an. Mehrere zehntausend Quadratkilometer Regenwald werden deshalb jährlich weltweit vernichtet, dazu kommen noch zerstörte Flächen in Grasländern (argentinische Pampa, brasilianischer Chaco etc.). In Deutschland/Europa breiten sich artenarme Maisäcker aus bzw. steigen Dünger- und Pestizidbedarf. Weltweit stehen Investoren/Agrarunternehmen bereit noch mehr Naturflächen umzuwandeln (allein in Indonesien sollen weitere 20 Millionen Hektar in Palmölplantagen übergeführt werden – überwiegend auf bisherigem Regenwaldland). In Europa betrifft dies vor allem heutige Brachen, die für viele Tiere und Pflanzen der Feldflur letzte Rückzugsgebiete sind.
6. Nein, die Ziele sind nicht realistisch, sondern im Gegenteil kontraproduktiv. Biomasse, wie sie heute erzeugt wird, kann keinen Beitrag zum Klimaschutz leisten, sondern verstärkt den Klimawandel noch. Dazu kommen die negative Beeinträchtigung der Biodiversität, Menschenrechtsverletzungen sowie kritische ethische Fragen wie die nach der Versorgung mit preisgünstigen Nahrungsmitteln für arme Bevölkerungsgruppen. Die Reduktionsziele lassen sich also nur durch Einsparungen, Effizienzsteigerungen sowie alternative Energien wie Solar und Wind erreichen

2. Flächenkonkurrenz

1. Ja, es gibt eine Flächenkonkurrenz mit dem Anbau von Nahrungsmitteln sowie mit Natur- bzw. Bracheflächen als Rückzugsgebiete für Arten der Feldflur sowie als Phasen für die Bodenerholung. Bei fortgesetzter Förderung der Bioenergie wird der Flächenbedarf immens wachsen – in Deutschland wie weltweit (s.o.: Flächenbedarf, um einen nennenswerten Anteil am Kraftstoffbedarf zu decken).

2. Gegenwärtig werden rund 10 Prozent der landwirtschaftlich nutzbaren Fläche Deutschlands für Bioenergie genutzt (laut Bundesverband der Agrargewerblichen Wirtschaft e.V. (BVA)). Nach Angaben der Fachagentur Nachwachsende Rohstoffe e.V sind es zwei Millionen von 17 Millionen Hektar nutzbaren Ackerlandes.

3. Ja, gibt es ebenfalls, denn zum Betrieb von Biogasanlagen werden häufig Mais und

Weizen angebaut, die dann verstromt werden und nicht mehr für Viehfutter oder direkt als Lebensmittel zur Verfügung stehen. Vielfach beenden Bauern den Anbau für den Nahrungsmittelmarkt, um auf Energieerzeugung umzusteigen. Aus eigener Kenntnis ist dies beispielsweise im Nördlinger Ries der Fall, wo viele Landwirte mittlerweile Biogas erzeugen.

4. Wegen der steigenden Energiepreise und der Subventionierung der Bioenergie, die höher ist als die Subventionen für die Lebensmittelproduktion, ist die Energieerzeugung sehr konkurrenzfähig.

7. Steigende Rohstoffpreise in Zusammenhang mit der politisch gewollten Förderung (auch ohne Subventionen – etwa durch vorgeschriebene Prozentanteile in Kraftstoffen) der Bioenergie werden die Flächenkonkurrenz weiter vorantreiben.

9. Eine Entschärfung ließe sich nur durch Gesetzesvorgaben machen, nach denen nur noch die Reste der Nahrungsmittelproduktion (Mais- und Getreidestroh, Gülle u.ä.) verstromt werden dürfen.

3. Nachhaltigkeit

1. Importverbot für Energiepflanzen, die durch Naturzerstörung und/oder unter Verletzung von Menschenrechten gewonnen wurden. National sollten nur Reststoffe verwertet werden dürfen, kein weiterer Ausbau des primären Anbaus von Energiepflanzen auf Kosten der Produktionsfläche von Nahrungsmitteln bzw. Naturflächen.

2. Eindeutig negativ: Die gegenwärtige Förderung der Bioenergie leistet weder einen Beitrag zum Klimaschutz (hohe Lachgasemissionen, kaum Einsparpotenzial, da viel Energie während Produktion und Umwandlung zu Biosprit aufgewendet werden muss, bei importierten Bioenergieerzeugnissen wie Soja und Palmöl wird sogar mehr Kohlendioxid erzeugt als eingespart) noch begünstigt sie eine nachhaltige Erzeugung (Verletzung von Menschenrechten im Süden, Verlust an Artenvielfalt in Tropen, hierzulande. Dazu kommt hoher Düngemittel- und Pestizidverbrauch).

4. Einsatz von Bioenergien/Energieeffizienz

1. Nur bei Kraft-Wärmekopplung in Blockheizkraftwerken unter den genannten Voraussetzungen (Verfeuerung von Reststoffen aus hiesiger Produktion wie Holzreste aus Sägewerken, Mais- und Getreidestroh, Gülle, Klärschlamm u.ä.). Die Verfeuerung als Kraftstoff im Verkehrsbereich ist abzulehnen, da Aufwand und Nutzen in keinem Verhältnis stehen.

2. Momentan eine ungesund hohe, da nur für Bioenergie verbindliche Zahlen vorgeschrieben sind. Nicht aber für Wind-, Solar- oder Geothermie, die wirkliche Energiealternativen darstellen.

3. Die Verwendung von Reststoffen stellt die einzige ethisch, sozial und ökologisch verantwortbare Nutzung von Bioenergie dar.

4. gesteigerte technische Effizienz ist wünschenswert, löst aber die o.g. Zielkonflikte nicht – außer bei der Verwertung von Reststoffen

6. Politische Vorgaben

1. Nein, Studien haben schon mehrfach ergeben, dass selbst die großflächige Ausweitung von Ölsaaten wie Raps oder von Mais etc. nur einen kleinen Teil des Energieaufkommens Deutschlands decken kann: Weitergehende Ziele lassen sich nur mit Importen erreichen.

3. Ende der Förderung von Biokraftstoffen, deren Rohstoffe nicht nachhaltig angebaut wurden oder importiert wurden. Förderung nur noch für Bioenergie in der Kraft-Wärme-Koppelung, die auf der Verwertung von Reststoffen basiert.

5. Aufhebung der verbindlichen Vorgaben für Bioenergie, Förderung wie oben angedeutet.

7. Internationale Zusammenhänge

1. Ja, Beispiele aus aller Welt (Paraguay, Mexiko, Äthiopien, Indonesien etc.) zeigen, dass Kleinbauern vertrieben werden, wo neue Soja-/Zuckerrohr-/Palmöl-Plantagen entstehen sollen. Statt Nahrungsmittel für den lokalen Verbrauch werden Energiepflanzen für den Export angebaut.

3. Nein, denn durch die Subventionen bei generell steigenden Energiepreisen werden Landwirte zunehmend verführt auf die Energieerzeugung umzusteigen. Laut einem UN-Bericht zum Recht auf Nahrung ist ein Moratorium für Agrartreibstoffe die einzige Möglichkeit zu verhindern, dass noch mehr Menschen unterernährt sind oder gar hungern.

4. Sie bewirkt einen Boom in Ländern wie Brasilien, Indonesien, Malaysia, Paraguay etc., wo steigende Preise für Soja, Palmöl u.a. für die Energiegewinnung die Waldvernichtung anheizen. Dies zeigen bereits erste Zahlen von 2007 aus Südamerika, nach denen die Waldvernichtung vor Ort deutlich gestiegen ist: Nationale und internationale Investoren roden hier Wald, um Energiepflanzen für den Export anzupflanzen. Weltweit sehen vor allem große Agrarunternehmen ein lukratives Geschäft im Anbau von Energiepflanzen: Selbst Naturschutzgebiete (etwa in Uganda das Waldreservat Mabira, in Äthiopien das „Babile Elephant Sanctuary“ - hier durch das deutsche Unternehmen Flora Ecopower AG) sollten umgewidmet werden oder wurden es bereits, um Platz für Energiepflanzen zu schaffen.

5. Fortgesetzte Zerstörung von artenreichen Wald- und Graslandflächen (mehrere zehntausend Quadratkilometer pro Jahr), Trockenlegung von Feuchtgebieten (z.B. Torfmoore in Indonesien, Pantanal in Südamerika), Verseuchung von Boden, Wasser und Luft mit Pestiziden und Düngemitteln, Gefährdung von Wassereinzugsgebieten und des Grundwassers, schwerste Menschenrechtsverletzungen durch Vertreibung von Kleinbauern, Sklaverei (z.B. auf brasilianischen Zuckerrohrfeldern), Morde und Körperverletzungen von Gegnern der Agrarunternehmen, von Menschenrechtlern, Umweltschützern, steigende Nahrungsmittelpreise und Unterversorgung ärmerer Bevölkerungsschichten